

Tunesien: Vom Staatsfeminismus zum revolutionären Islamismus

Susanne Schröter/Sonia Zayed

Im Hinblick auf Frauenrechte galt Tunesien in den vergangenen Jahrzehnten als außergewöhnlich fortschrittliches islamisch geprägtes Land.¹ Die internationale Nichtregierungsorganisation „Freedom House“ lobte es im Jahr 2010 sogar als führend innerhalb der arabischen Welt.² Für diese positive Einschätzung gibt es gute Gründe. Die Verfassung garantiert gleiche Rechte für Männer und Frauen, das Personenstandsrecht (Code Personnel Statut, CSP) gilt in der islamischen Welt als vorbildlich, und Frauen sind in der Öffentlichkeit und im Berufsleben präsent. Der Weg der Frauen vom heimischen Herd in die Öffentlichkeit fing bereits zu Zeiten des Kolonialismus an. Frauen erwarben Bildung, wurden berufstätig und nahmen sogar Führungspositionen ein. 1936 begann die erste Ärztin zu praktizieren, 1950 wurde die erste Zugführerin eingestellt, 1960 die erste Schiffskapitänin und 1962 die erste Pilotin. Frauen sind heute Richterinnen und Anwältinnen, und sie arbeiten im Polizei- und im Militärdienst. Im höheren Bildungsbereich scheinen sie im Jahr 2008 sogar ihre Landsmänner mit 59,5 % zu übertrumpfen.³

Der durch die demokratische Bewegung im Jahr 2011 durchgesetzte Regimewechsel könnte dieser Situation bald ein Ende bereiten. In der islamistischen Ennahda-Partei, die die Mehrheit aller Sitze in der verfassungsgebenden Nationalversammlung gewann, formieren sich Kräfte, die die Gleichberechtigung der Geschlechter als „unislamisch“ ablehnen, und salafistische Eiferer machen Jagd auf all diejenigen, die sich nicht ihrer Vorstellung einer islamischen Lebensweise beugen. Ein neuer Verfassungsentwurf wird diskutiert, in dem Frauen nicht mehr als eigenständige Personen erscheinen, sondern nur noch als Anhängsel (*takamul*) ihrer Ehemänner definiert werden.

Vom tradierten Patriarchalismus zum staatlich gelenkten „Feminismus“

Der Ausgangspunkt für die rasante Transformation der tunesischen Geschlechterordnung, die sich im 20. Jh. ereignete, war zu Beginn des Jahrhunderts noch denkbar deprimierend. Die Soziologin Mounira M. Charrad, die eine Reihe wissenschaftlicher Publikationen zur Geschichte des Landes vorgelegt hat,⁴ zeichnet ein düsteres Bild der traditionellen Geschlechterverhältnisse. Wie überall im Maghreb bildeten patrimoniale

¹ Vgl. Moghadam 1998, 2003.

² Ben Salem 2010.

³ Ben Salem 2010.

⁴ Vgl. Charrad 1994, 1998, 2001, 2001, 2007.

Verwandtschaftsbeziehungen die zentrale Achse jedweder sozialer und auch politischer Organisation⁵ und Frauen waren dabei einerseits für die Reproduktion notwendiges Übel, andererseits ein wohlfeiles Mittel der Allianzbildung. Als Gruppenfremde wurde ihnen tendenziell mit Misstrauen begegnet, denn man argwöhnte, sie könnten Zwietracht zwischen den Männern des Klans säen. Aus diesem Grund wurde möglichst endogam innerhalb einer Patriline geheiratet und die Verbindung zwischen Cousine und Cousin ersten Grades bevorzugt. Dazu kam, so Charrad, dass nicht nur klanfremde, sondern auch die eigenen Frauen grundsätzlich als gefährlich galten. Wenn sich eine Frau einem Mann näherte, pflegte man unter Bezugnahme auf einen Ausspruch des Propheten Mohammed zu sagen, dass nähere sich der Teufel.⁶ Grund dafür sei ihre sexuelle Verführungskraft, der Männer hilflos ausgeliefert seien. „Left unbridled“, so Charrad, „a woman’s very nature is the symbol of destruction. Her subversive tendencies must therefore be restrained, and her behavior regulated, if social disruption is to be avoided. Conceptions of the moral order require that ... the woman be tamed to become all obedience and passivity.“ (Charrad 2001: 57) Zu den Maßnahmen der Aufrechterhaltung von Kontrolle und der Eindämmung des durch Sexualität hervorgerufenen Chaos gehörten die strikte Segregation der Geschlechter und die Verhüllung der Frauen.⁷ Der öffentliche Raum war selbst in den Städten Männern vorbehalten, während sich der weibliche Handlungsraum auf das Haus beschränkte.⁸ Zur jener Zeit sei es, so Charrad, nicht nur üblich gewesen, Frauen in der islamischen Rechtsprechung⁹ die vollen Rechte, die ein Mann genoss, vorzuenthalten und sie als minderwertige Personen zu behandeln; diese Diskriminierung sei vielmehr geradezu zum originären Ausdruck der islamisch-tunesischen Identität stilisiert worden. Heiraten von minderjährigen Mädchen mit älteren wohlhabenden Männern wurde auch dann praktiziert, wenn das Mädchen nicht einverstanden war.¹⁰ Die Verstoßung der Frau durch das dreimalige Aussprechen der Scheidungsabsicht war genauso legitim wie die Polygynie.¹¹ Frauen oder Mädchen, die sich gegen patriarchalische Willkür zur Wehr setzten, wurden nach der Sitte des *dar joued* durch

⁵ Vgl. Charrad 2001: 51.

⁶ Vgl. Charrad 2001: 57.

⁷ Diese Vorstellung einer eminent bedrohlichen sexuellen Kraft der Frauen, die nur durch strengste Meidungsregeln eingedämmt werden könne, findet sich im gesamten Maghreb. Die marokkanische Soziologin war eine der ersten arabischen Wissenschaftlerinnen, die diesen Ideenkomplex für Marokko dekonstruierte. Vgl. Mernissi 1998.

⁸ Vgl. Chamari 1991, Marzouki 1993, Charrad 1994.

⁹ 90 % der tunesischen Gesellschaft sind sunnitische Muslime und folgen der malikitischen Rechtsschule.

¹⁰ Vgl. Richter-Dridi 1981.

¹¹ Vgl. Charrad 1994.

einen Kadi oder auch schlicht durch ein männliches Mitglied der Familie auf unbestimmte Zeit in ein Haus eingeschlossen werden, um zu lernen, unterwürfig und gehorsam zu sein.¹²

Der tunesische Schriftsteller Tahar Haddad (1899-1935) kritisierte diese Missstände in seinem Werk "Die tunesische Frau in Gesetz und Gesellschaft", die ihn als revolutionären Denker und Vorkämpfer der tunesischen Frauenrechte in die Geschichte des Landes einschreiben sollte. Er argumentierte gegen die Benachteiligung von Frauen im Recht, vor allem im Familienrecht, wandte sich entschieden gegen Polygynie und Verschleierung und kritisierte die mangelhafte Bildung, deren Ergebnis „... das Heranwachsen junger Menschen und besonders Frauen in Unwissenheit (*ğahl*) und Dummheit (*ħumq*)“ (Hajji 2009: 52) sei. Den Islam könne man nicht für solche Missstände verantwortlich machen, meinte er, vielmehr die falschen Interpretationen der religiösen Texte:

„Ich bin felsenfest überzeugt, dass der Islam unschuldig ist, wenn es um den Vorwurf geht, er verhindere Reformen. Dies ist der Grund, der mich zum Verfassen dieser meiner Schrift über die Frau in Gesetz und Gesellschaft veranlasste, damit wir sehen, wer der Rechtleitende ist und wer nicht nur selbst in die Irre geht, sondern auch die anderen irreleitet.“ (Hajji 2009: 50)

Für die islamischen Autoritäten war das eine ungeheure Provokation, und anders als in Ägypten, wo der Jurist Qasim Amin bereits um die Jahrhundertwende zwei ähnlich emanzipative Schriften vorgelegt hatte, ohne damit einen Proteststurm der städtischen Elite auszulösen,¹³ wurde die Publikation Haddads ein Skandalon. Die Theologen seiner Alma Mater, der einflussreichen theologischen al-Zaituna-Universität,¹⁴ erklärten ihn zum Häretiker; der Verkauf seines Buches wurde verboten, er selbst verlor seine Lehr- und Prüfungsberechtigung, und man erkannte ihm sein Notariatsdiplom ab. Öffentliche Angriffe bis hin zu körperlichen Misshandlungen auf der Straße folgten. Der Visionär fühlte sich all dem nicht gewachsen, verfiel in Depressionen und verstarb kurz darauf im Jahr 1935.¹⁵

Trotz dieser Repressionen entfalteten seine Schriften eine beachtliche Wirkung. Bereits ein Jahr nach seinem Tod wurde die erste tunesische Frauenorganisation unter dem Namen „l'Union Musulmane des Femmes de Tunisie“ (UMFT) mit Bchira Ben Mrad¹⁶ als Vorsitzender gegründet. Sie vertrat allerdings konservative islamische Wertvorstellung.¹⁷ Andere Frauenorganisationen waren gewerkschaftlich eingebunden, vertraten sozialistische

¹² Vgl. Tchaicha/Arfaoui 2012: 218.

¹³ Im Jahr 1899 veröffentlichte Amin die Schrift „Die Befreiung der Frau“ (*Tahrir Al-Mar`ah*) und zwei Jahre später dann ein weiteres Buch unter dem Titel „Die neue Frau“ (*Al-Mar`ah Al-Jadidah*).

¹⁴ Die al-Zaituna-Universität wurde im Jahr 737 AD als Bildungseinrichtung der al-Zaituna-Moschee in Tunis gegründet und ist die älteste islamische Universität der Welt. Der bekannteste Absolvent war der Historiker Abdul-Rahman Ibn Khaldun (1332 – 1406).

¹⁵ Vgl. Hajji 2009.

¹⁶ Bchira Ben Mrad (1913 – 93) war eine renommierte tunesische Feministin.

¹⁷ Vgl. Marzouki 1993.

Ideen oder standen der ägyptischen Muslimbruderschaft nahe.¹⁸ Mit dem Beginn des nationalen Befreiungskampfes wurden die Stimmen nach Gleichberechtigung von Frauen und Männern lauter, und nach der Unabhängigkeit erreichten sie endlich den politischen Mainstream.

Nach einem antikolonialen Kampf erkannte Frankreich Tunesien am 20. März 1956 als unabhängigen Staat an, und am 25. Juli 1957 wurde die Republik ausgerufen. Der erste tunesische Präsidenten Habib Bourguiba modernisierte den Staat fundamental. Er hatte in Frankreich studiert, sein Studium der Politikwissenschaften 1927 an der Sorbonne-Universität abgeschlossen und hatte eine Französin geheiratet. Als Politiker orientierte er sich an der westlichen Welt¹⁹ und besonders am Modell des Laizismus. Er sah in der Machtfülle islamischer Gelehrter und Institutionen ein entscheidendes Entwicklungshindernis des jungen postkolonialen Staates und suchte sie mit verschiedenen Maßnahmen zu begrenzen. Alle religiösen Stiftungen (*waqf*) wurden aufgelöst und deren Vermögen in die Kassen des Staates überführt,²⁰ die Schariagerichte abgeschafft und ein säkulares Justizsystem etabliert. Das Bildungswesen, bis dahin unter der Kontrolle religiöser Akteure, wurde ebenfalls verstaatlicht.²¹ Auch al-Zaituna-Universität verlor ihre Unabhängigkeit, und die Professoren wurden Staatsangestellte.²² Koranschulen wurden dezimiert und unter staatliche Aufsicht gestellt. Von besonderer Bedeutung in Bourguibas Modernisierungsprogramm war die Etablierung von Frauenrechten,²³ und in dieser Hinsicht knüpfte er an den Ideen des verstorbenen Haddad an.²⁴ Bereits am 13. August 1956 wurde das in der arabischen Welt fortschrittlichste Personenstandsrecht eingeführt.²⁵ Tunesische Frauen erhielten das Recht auf Erwerbsarbeit, durften selbständig reisen, ein Bankkonto eröffnen und ohne Einverständnis ihrer Ehemänner ein Unternehmen gründen. Die Zivilehe wurde eingeführt, die einseitige Verstoßung der Frau durch den Mann abgeschafft und die Polygynie unter Strafe gestellt. Das Mindestheiratsalter für Mädchen wurde auf 15 Jahre festgelegt, das für Jungen auf 18. Zuvor hatte es keinerlei Beschränkungen gegeben. Scheidungen waren für beide Ehepartner möglich, auch ohne Angabe von Gründen, mussten aber gerichtlich vollzogen werden. Seit 1973 waren Abtreibungen straffrei.

¹⁸ Vgl. Dwyer 1991: 192.

¹⁹ Siehe: Salem 1984.

²⁰ Das betraf auch den Grundbesitz der Moschee. Vgl. Weber 2001: 23.

²¹ Vgl. Allman 1979.

²² Vgl. Faat 2007: 216-217.

²³ Vgl. Weber 2001.

²⁴ Die Etablierung einer emanzipativen Geschlechterordnung wurde nicht nur in Tunesien zum Symbol der Moderne. Zur gleichen Zeit setzten Kemal Pascha in der Türkei und Reza Schah im Iran ganz ähnliche Programme durch und legten sich ebenfalls vornehmlich mit den etablierten islamischen Autoritäten an.

²⁵ Vgl. Pritsch 1958.

Bourguiba setzte eine fundamentale Umwälzung der Gesellschaft in Gang, die man im besten Sinne als „Kulturrevolution von oben“ bezeichnen muss. Die Bevölkerung wurde nur mäßig einbezogen, und der damalige Justizminister Ahmed Mestiri argwöhnte, dass die Entscheidungen des Präsidenten in der konservativen Mehrheit der Gesellschaft keinen Rückhalt haben könnten.²⁶ Strittig waren vor allem die repressiven Maßnahmen gegen die islamische Bekleidung von Frauen. Wie Haddad, der den Schleier als „Hundemaulkorb“ bezeichnet hatte, wandte sich Bourguiba dezidiert gegen die islamische Verhüllung und verbot sie in öffentlichen Einrichtungen.²⁷

Bourguiba konnte sein radikales Modernisierungsprogramm nur als autoritärer Herrscher durchsetzen und er hatte anfangs die dafür notwendige Legitimation. 1957 wurde er tunesisches Staatsoberhaupt und 1959 mit 92% aller abgegebenen Stimmen als Präsident gewählt. 1974 ließ er sich von der Nationalversammlung zum Präsidenten auf Lebenszeit bestätigen. Politische Opposition formierte sich vor allem aus den Reihen islamischer Kräfte, die sich gegen die Verwestlichung des Landes stellten und massiv für eine Rückkehr zu den Werten des Islams mobilisierten.²⁸ Bereits in den 1960er Jahren entstand aus den Reihen von Gelehrten der zwangssäkularisierten al-Zaituna-Universität eine islamistische Erneuerungsbewegung;²⁹ und ab 1981 formierte sich politisch-religiöser Widerstand unter Leitung des Philosophielehrers Rached Ghannouchi in der „Mouvement de la Tendance Islamique“ (MIT). Die religiöse Opposition wurde allerdings mit Hilfe staatlicher Repression eingedämmt und Ghannouchi im Jahr 1987 zu lebenslanger Zwangsarbeit verurteilt.³⁰

1987 wurde Bourguiba in einem unblutigen Putsch von seinen ehemaligen Innenminister Zine el-Abidine Ben Ali gestürzt. Im gleichen Jahr kam es in den Touristenorten Monastir und Sousse zu Bombenanschlägen, bei denen 13 Personen verletzt wurden. Ben Ali reagierte vergleichsweise milde, ließ mehrere Verdächtige begnadigen und nur zwei Angeklagte hinrichten. Ohnehin bemühte er sich um eine vorsichtige Korrektur des politischen Kurses und entwickelte eine Strategie der „Öffnung“ (Moghadam 2005: 295), in der er auf die arabisch-islamische Identität Tunesiens rekurrierte. Er unterstützte islamische Veranstaltungen mit staatlichen Zuschüssen und versuchte einen Schulterschluss mit liberalen islamischen Kräften, die sich in Tunesien seit den 1980er Jahren eigenständig organisierten. Die al-Zaituna-Universität wurde aufgewertet und erhielt neue Aufgabenbereiche,

²⁶ Vgl. Möller/Veenhuis 2012.

²⁷ Vgl. Salem 2010: 493.

²⁸ Vgl. Hamdi 1998; Ismael 2003; Salem 1984; Shahin 1997; Wöhler-Khalfallah 2004.

²⁹ Vgl. Faath 2007: 217.

³⁰ Vgl. Hamdi 1998; Deutsches Orient-Institut 2011: 6.

Fernsehsendungen wurden durch die Rufe zum Gebet unterbrochen. Im März 1988 wurde ein „Nationalpakt“ zwischen Vertretern der oppositionellen Parteien, Islamisten,³¹ Gewerkschaftsvorsitzenden und feministischen Organisationen³² verabschiedet, um eine Grundlage für die politische Teilhabe festzulegen. Eine Bedingung für die staatliche Akzeptanz war die Zustimmung zum Prinzip der Geschlechtergleichheit. Weber schreibt: „In einer auf die islamistische Partei eingemünzten Erklärung, Gruppen dürfen sich nur dann bilden, wenn sie sich u.a. zum Prinzip der Gleichheit von Männern und Frauen bekennen würden, erhob Ben Ali Geschlechtergleichheit zu einem politischen Kriterium.“ (Weber 2001: 34) Seine Emanzipationspolitik war Teil der autoritären Staatspolitik und intendierte nicht zuletzt die Kontrolle autonomer Frauenorganisationen. Diejenigen, die sich staatsnah zeigten, wurden dem Staatssekretariat für Frauenangelegenheiten und ab 1993 dem Frauen- und Familienministerium beigeordnet. Nur wenige, wie der „Association Tunisienne des Femmes Démocrates“ (ATFD)³³, die Rechtsberatung für Frauen in Scheidungsfällen und bei häuslicher Gewalt anbot, konnten eine gewisse Unabhängigkeit bewahren.

In Bezug auf die Umgestaltung der Geschlechterordnung führte Ben Ali den Reformkurs Bourguibas fort. Die eheliche Gehorsamspflicht der Frauen wurde abgeschafft, Frauen konnten ihre Staatsangehörigkeit auf ihre Kinder übertragen und, nach einer Scheidung, das Sorgerecht für die gemeinsamen Kinder mit ihrem Ex-Ehemann teilen. Im öffentlichen Dienst wurde die islamische Kopfbedeckung für Frauen, der *hijab*, verboten.

Um den Islam nicht nur den Islamisten zu überlassen, veranlasste Ben Ali die Unterstützung von Vertretern eines liberal-säkularen Islams. Moderat-islamische Gelehrte wie Mohamed Talbi, Mohamed Charfi, Hamadi Redissi oder Abdelwahab Meddeb wurden gefördert und traten als öffentliche Intellektuelle in Erscheinung. Das Kalkül, den Islamismus durch einen staatlich anerkannten Reformislam zurückzudrängen, ging allerdings nicht auf. Der Islamismus blieb ein wichtiger Akteur im politischen Kräftespiel. Aus der „Mouvement de la Tendence Islamique“ ging im Jahr 1988 eine neue Organisation namens „Hizb Ennahda“ hervor, die den Antrag auf Zulassung als Partei stellte. Im April 1989 kandidierten Ennahda-Vertreter auf Unabhängigenlisten und erhielten signifikante Stimmenanteile.³⁴ Ben Ali reagierte mit Repression und es kam zum Bruch mit den Islamisten. Die Partei wurde

³¹ Beteiligt waren insbesondere Vertreter der MIT.

³² Es waren vorwiegend Repräsentantinnen der „Association Tunisienne des Femmes Démocrates“, die sich um die Legalisierung als autonome Frauenorganisation bemühten. Nach drei Versuchen wurde ihnen 1989 die Anerkennung als unabhängige Frauenorganisation unter Auflagen zuteil.

³³ Internetauftritt unter folgender Website: <http://femmesdemocrates.org/>, abgerufen am 01.09.2012

³⁴ Vgl. Weber 2001: 35, Esposito 2001:104f

verboten und Tausende ihrer Mitglieder bei Polizeiaktionen verhaftet.³⁵ Viele, darunter Rached Ghannouchi, flohen ins Exil. Die harte Reaktion des Staates trug ebenso zur Radikalisierung bei wie die Infiltrationen durch den transnationalen Islamismus. Faath stellte in einer 2007 durchgeführten Studie fest, dass wahhabitische Einflüsse eine große Rolle spielten.³⁶ Vor allem die Diskriminierung kopftuchtragender Frauen sollte sich als zweischneidiges Schwert erweisen. Eine steigende Anzahl von Frauen, vorwiegend junge Arbeiterinnen und Studentinnen, zeigte sich, allen Verboten zum Trotz, in islamischer Kleidung in der Öffentlichkeit, und das Kopftuch wurde nach und nach zum Symbol des islamischen Widerstands

Der Erfolg islamistischer Ideologien bei tunesischen Frauen war allerdings nicht nur eine Folge autoritärer Staatsführung, sondern resultierte auch aus einem grundsätzlichen Widerspruch zwischen einer emanzipativen und einer islamischen Ordnung. Die verbrieften Rechte und die staatliche Gleichheitsrhetorik kollidierten mit einem tief verwurzelten gesellschaftlichen Patriarchalismus, der auch religiös legitimiert wurde. Die Mehrheit der Tunesier und Tunesierinnen idealisierte eine komplementäre Rollenverteilung, in der die Frau als Hausfrau und Mutter dem berufstätigen Mann gegenüberstand, und berufstätige Frauen litten unter einer doppelten Belastung, da sie die häuslichen Pflichten zusätzlich zu ihrem Beruf erledigen mussten. Das Wunschbild einer harmonischen Ehe kollidierte mit den schwierigen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen, und viele Frauen reichten wegen häuslicher Gewalt die Scheidung ein. Eine Wiederverheiratung war für sie, anders als für Männer, oft nicht möglich, und die Anzahl von alleinerziehenden Müttern stieg. Insgesamt hielten die gesellschaftlichen Verhältnisse nicht mit den politischen Entwicklungen Schritt. Dieses Missverhältnis führte im Anschluss an die Revolution von 2010/11 zu unerwarteten, aber dennoch folgerichtigen Dynamiken.

Revolutionäre Verhältnisse

Ben Ali hatte seine Herrschaft anfangs durch wirtschaftliche Erfolge absichern können.³⁷ Bis 1999 verzeichnete das Land teilweise Wachstumsraten von 5%, die Armut konnte signifikant reduziert werden und die Geburtenrate sank von 6,2% im Jahr 1975 auf 1% im Jahr 2005.³⁸ Allerdings erfolgte die Entwicklung nicht gleichermaßen im ganzen Land, und die Schere zwischen Modernisierungsgewinnern und –verlierern ging auseinander. Die Oberschicht

³⁵ Shahin (1997: 101) schreibt von etwa 8.000 Betroffenen.

³⁶ Vgl. Faath 2007: 227. Die Einflussnahme geschah durch verschiedene Propagandamaterialien, aber auch durch das Fernsehen und andere neue Medien.

³⁷ Vgl. Murphy 1999.

³⁸ Vgl. Deutsches Orient-Institut 2011: 8.

wurde reicher, und die Familie des Präsidenten wurde durch die ungeheure Anhäufung materieller Güter zu einem Symbol für Korruption und Ausbeutung.³⁹ Die Armen dagegen blieben arm. Zwischen 2008 und 2010 kam es in einzelnen Regionen wie in Gafsa zu sozialen Aufständen.⁴⁰ 24% der Bevölkerung war unter 15 Jahren, viele von ihnen ohne Chancen auf eine geregelte Erwerbstätigkeit und die Möglichkeit zu heiraten und eine Familie zu ernähren. Besonders die gut ausgebildete städtische Jugend war frustriert. Die Arbeitslosigkeit unter ihnen betrug 25%. Zu der Misere kamen die täglichen Schikanen und Erniedrigungen durch Vertreter des Staates, und insbesondere durch die Polizei.

Die tunesische Revolution begann mit der Selbstverbrennung des jungen Gemüsehändlers Mohammed Bouazizi in Sidi Bouzid am 17. Dezember 2010, der nach dem Tod des Vaters die Aufgabe übernommen hatte, seine Geschwister und Mutter zu versorgen. Als Ursachen für seine Tat werden gewöhnlich behördliche Schikanen, die Beschlagnahmung seiner Waren und Misshandlungen auf dem Polizeirevier genannt. Besonders erwähnt wird der Umstand, dass ihn eine Polizistin, Faïda Hamdi, geohrfeigt habe und dass die Entehrung, von einer Frau misshandelt worden zu sein, für ihn unerträglich gewesen sei. Sein verzweifelter Selbstmord wurde durch Blogs⁴¹, Facebook und Twitter einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht und dadurch ein „Dominoeffekt“ verursacht.⁴² Es kam zu Massenprotesten gegen Korruption, Nepotismus, Polizeiterror, soziale Ungleichheit, und Arbeitslosigkeit, die das Ende der autokratischen Herrschaft von Ben Ali einleiteten. Am 4. Januar 2011 starb Mohammed Bouazizi in einem Krankenhaus, und die Demonstrationen und Proteste nahmen an Intensität zu. Die Gewerkschaften solidarisierten sich mit der demonstrierenden Jugend, und auch das Militär wandte sich vom Regime ab. Frauen waren an allen oppositionellen Aktivitäten beteiligt. Die Bilder von Tunesierinnen, die Fahnen schwenkten, auf den Rücken von Männern saßen und dabei gegen Ben Ali rebellierten, gingen durch die Weltpresse. Sie forderten explizit demokratische Werte: Gerechtigkeit, Redefreiheit, Versammlungsfreiheit und freie Wahlen. Souhayr Belhassen schreibt: „Women massively participated in the [Jasmine] uprising to make sure their demands would be taken into account“ (Goulding 2011a: 4).

Am 14. Januar 2011 trat Zine El-Abidine Ben Ali von seinem Amt als Staatspräsident zurück und floh nach Saudi Arabien. Nach der Flucht gerieten tatsächliche und vermeintliche

³⁹ Vgl. Beau/Graciet 2009.

⁴⁰ Vgl. Deutsches Orient-Institut 2011: 9.

⁴¹ Zu den bekanntesten tunesischen Internetaktivisten zählten zwei männliche Blogger (Haythem El-Mekki und Slim Amamou, der in der Übergangsregierung Staatssekretär für Jugend und Sport wurde) und eine weibliche Bloggerin namens Lina Ben Mhenni. Ihr Blog „A Tunisian Girl“ war ein wichtiges Agitationsorgan der Revolution. Zur Rolle neuer sozialer Medien in der Arabellion vgl. Schröter 2011.

⁴² Vgl. Ryan 2011a.

Anhänger des autoritären Regimes in die Kritik, darunter auch Feministinnen, die unter Ben Ali in seiner Einheitspartei „Rassemblement Constitutionnel Démocratique“ (RCD) als Mitglieder tätig waren, und die größte tunesische Frauenorganisation, die „Union Nationale de la Femme Tunisienne“ (UNFT), die unter der Schirmherrschaft von Leila Ben Ali stand. Sie wurde genötigt, auf gerichtliche Anordnung hin nach der Revolution ihre Aktivitäten einzustellen.⁴³

Rached Ghannouchi kehrte am 30. Januar 2011 als Vorsitzender der islamistischen Ennahda-Partei nach zwei Jahrzehnten Exil nach Tunesien zurück. Auch andere Parteimitglieder der Ennahda, wie Hamadi Jbali und Mohammed Oun, hatten die letzten zwei Jahrzehnte nicht in Tunesien oder in Gefängnissen verbracht. Die gesellschaftliche Realität war ihnen daher nicht aus eigenen Erfahrungen und Erlebnissen bekannt. Das macht gewisse wirklichkeitsfremde Statements dieser Politiker verständlich. So hatte der aktuelle tunesische Premierminister und Ennahda-Funktionär Hamadi Jbali am 13. November 2011 anlässlich eines Treffens mit dem palästinensischen Hamas⁴⁴-Delegierten Houda Naim von „einem historischen Moment für Tunesien und - inschallah - vom 6. Kalifat“ gesprochen. Mohammed Oun hatte Sonia Zayed gegenüber in einem Interview sein Befremden gegenüber der realen tunesischen Gesellschaft eingestanden. Selbst das Verhalten der eigenen Familienmitglieder sei ihm unverständlich: „Ein Islamist (*mutadayin*) trifft auf eine emanzipierte Tochter, die nachts ausgehen will“⁴⁵. Ghannouchi bemühte sich, auftretende Befürchtungen säkularer und liberaler Kräfte zu zerstreuen und definierte seine Partei als „modernistisch, ... aber mit tiefen Wurzeln in der arabisch-islamischen Identität“. Sie stünde für individuelle Freiheiten, Rechtsstaatlichkeit, gute Regierungsführung und Korruptionsbekämpfung.⁴⁶

In Bezug auf die liberale Geschlechterordnung versicherte Ghannouchi, dass das Personenstandsrecht von 1956 Bestand habe, da es gar nicht unislamisch, sondern letztendlich sogar von der Scharia abgeleitet sei. Die Polygynie sei zu Recht in Tunesien illegal und die islamische Kopfbedeckung, der *hijab*, eine rein persönliche Entscheidung. Maßnahmen des islamischen Strafrechts wie Steinigung oder Amputation von Gliedmaßen stünden nicht zur Diskussion.⁴⁷ In seinen Reden wiederholte er stets, dass die Errungenschaft der tunesischen

⁴³ Goulding 2011a.

⁴⁴ „Hamas“ ist das Akronym für die palästinensische islamistische Partei „Harakat al-Muqawamah al-Islamiyyah“ („Islamische Widerstandsbewegung“). Sie regiert seit den Wahlen vom 25.01.2006 den Gazastreifen.

⁴⁵ Interview mit Mohammed Oun, Montplaisir, 01.11.2011

⁴⁶ Vgl. u.a. Schmidt 2011; Tamimi 2001. Ghannouchi gilt auch bei vielen politischen Beobachtern westlicher Universitäten als gemäßigter islamischer Führer, als jemand, dessen Ideen „... came closer to accepting Western-style democracy and political pluralism than his counterparts elsewhere...“ (Maddy-Weitzmann 2011a)

⁴⁷ Vgl. Ben Gamra 2011. Der Vorstand des UNFT hat sich von Leila Ben Ali distanziert. Es fand eine Strukturierung statt und seit 2012 nahm sie offiziell als nichtregierungsnahe tunesische Frauenorganisation ihre

Frauen auch in der neuen Ordnung Bestand haben würden.⁴⁸ Trotz dieser Beteuerungen bleibt Misstrauen bestehen. Einerseits vermuten Liberale, dass Ghannouchis Worte in der zukünftigen Politik des Landes kein Gewicht haben würden und letztendlich doch eine Islamisierung des Rechts angestrebt werde, andererseits sind von ihm auch Aussagen bekannt, die auf eine Retraditionalisierung der Geschlechterordnung zielen. „Islam does not allow women to work while a battallion of men is unemployed“, sagte er vor mehr als 10 Jahren, „especially since a woman can take care of the home.“ (zitiert nach: Haddad/Esposito 1998: 9)

Die beschwichtigende Rhetorik Ghannouchis war ohnehin nur eine Stimme der Ennahda. Andere hatten weniger Skrupel, islamische Werte konträr zu liberalen Werten zu definieren. Ein Beispiel ist die Ennahda-Sprecherin Souad Abderrahim, die kein Kopftuch trägt und Mitglied der Nationalversammlung ist. Sie sorgte im November 2011 für einen Eklat, als sie in einem Interview mit dem arabischen Radiosender Monte Carlo Doualiya alleinerziehende Mütter als „Schande“ bezeichnete und forderte, ihnen ihre bislang verbürgten Rechte abzuspochen.⁴⁹ Der Menschenrechtsminister, Samir Dilou, ebenfalls Sprecher der Ennahda, behauptete im Juni 2011, die Polygamie in der tunesischen Verfassung verankern zu wollen.⁵⁰ Auch offiziellen Verlautbarungen der Partei gaben denjenigen Recht, die der Ennahda eine sukzessive Islamisierung des Staates unterstellten. „Der Islam hat nie - weder in seinen Texten noch in seiner Geschichte - die Trennung von Religion und Politik oder dem Irdischen und dem Geistlichen gekannt“⁵¹, heißt es in einer programmatischen Erklärung. Die Trennung von Staat und Religion seien „ein Angriff auf das islamische Denken“. Der extremistische Flügel der Ennahda ging noch weiter und forderte, die Scharia ausdrücklich als Grundlage der neuen tunesischen Ordnung in der Präambel der neuen Verfassung festzulegen. Außerdem solle ein „Hoher Islamischer Rat“⁵² eingeführt werden, der darüber zu wachen habe, dass kein Gesetz in Tunesien gegen islamische Werte verstoße.⁵³ Die Radikalen konnten sich bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt allerdings nicht durchsetzen. Die Ennahda entschied sich im März 2012 für einen Verzicht der religiösen Festschreibung des Wortes Scharia im neuen

demokratische Arbeit auf. Der arabische Internetauftritt befindet sich auf folgender Website: <http://www.unft.org.tn/ar/index.php>, abgerufen am 24.08.2012

⁴⁸ Vgl. Byrne 2011.

⁴⁹ Vgl. Nadiya 2011.

⁵⁰ Nachdem dies eine Kontroverse in der Presse verursacht hatte, behauptete er, falsch zitiert worden zu sein. Vgl. „Investir en Tunisie“ am 01. Juni 2011 erschienen; am 02. Juni 2011 erschien folgende Meldung aus der selbigen Internetplattform, gelesen unter [tunisie-investir-en-tunisie.net](http://www.investir-en-tunisie.net): Tunisie:éclaircissement de M. Samir Dilou, http://www.investir-en-tunisie.net/index.php?option=com_content&view=article&id=10256, abgerufen am 30.11.2011

⁵¹ Siehe Wandler 2012 b.

⁵² Vgl. Nadiya 2012.

⁵³ Vgl. Wandler 2012a.

Verfassungsentwurf. Der erste Artikel der tunesischen Verfassung lautet stattdessen: „Tunesien ist ein freier Staat, unabhängig und souverän, seine Religion ist der Islam, seine Sprache das Arabische und seine Staatsform ist die Republik.“⁵⁴

Abgesehen vom beunruhigenden Getöse einiger Ennahda-Vertreter ging die Partei nach der Revolution daran, von Bourguiba und Ben Ali erlassene anti-islamische Repressionen zu beseitigen. So war die Ennahda maßgeblich am Aufheben des Kopftuchverbots in öffentlichen Institutionen beteiligt. Sie setzte sich außerdem erfolgreich dafür ein, dass Frauen auf den Bildern von Personalausweisen und Pässen ein Kopftuch tragen dürfen. Unter Ben Ali war dies nicht möglich gewesen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass bereits im Vorfeld der Wahl zur verfassungsgebenden Nationalversammlung Ängste vor einer möglichen Islamisierung und einer damit einhergehenden Patriarchalisierung des post-autoritären Tunesiens laut wurden.⁵⁵

Der Übergang in ein neues demokratisches Tunesien wurde in Kommissionen und durch Übergangsinstitutionen vorbereitet. Anfang März 2011 wurde eine Übergangsregierung unter Führung des greisen Béji Caïd Essabsi eingesetzt, an der auch zwei Ministerinnen (unter 21 Ministern) beteiligt waren. Béji Caïd Essabsi hatte schon unter den Präsidenten Bourguiba und Ben Ali Ministerämter bekleidet und war gewissermaßen ein Mann des alten Regimes. Der weitere Reformprozess wurde durch eine Reformkommission und eine Wahlkommission begleitet. In den Verfahren spielte die Frage der Partizipation von Frauen eine gewichtige Rolle. Das am 11. April 2011 verabschiedete Paritätsgesetz der tunesischen Übergangsregierung schreibt vor, dass Parteien in der Auflistung paritätisch männliche und weibliche Kandidaten aufweisen müssen, andernfalls seien sie zu den Wahlen am 23. Oktober 2011 zur verfassungsgebenden Versammlung nicht zugelassen.⁵⁶ Das fand nicht jeder der neuen politischen Akteure richtig, und Béji Caïd Essabsi selbst kritisierte die Frauenquote öffentlich. Durchgesetzt wurde sie ohnehin nur unzureichend, und in einigen Wahlkreisen im Süden des Landes⁵⁷ begründete man die höhere Männerquote mit der unzureichenden Anzahl weiblicher Kandidaten. Letztendlich sollen 93% männliche Kandidaten und nur 7%

⁵⁴ Poser-Ben Khala (2008): Artikel I der tunesischen Verfassung.

⁵⁵ Vgl. Ryan 2011b; Al-Yafai 2011.

⁵⁶ Vgl. Goulding 2011b.

⁵⁷ Es handelt um die Bezirke von Kassrine, Sidi Bouzid, Kairouan und Silana, die auch die höchste Analphabetenrate des Landes aufweisen. Bei den Frauen liegt sie bei 36 %. Vgl. International Foundation for Electoral Systems in the Middle East and North Africa (Juli 2011): „Elections in Tunisia: The Constituent Assembly“, www.ifes.org/~media/Files/Publications/White%20PaperReport/2011/Tunisia_FAQs_072011.pdf, abgerufen am 01.08.2011

Kandidatinnen aufgestellt worden sein.⁵⁸ Auch Ben Ali hatte für die von ihm vorgeschlagene Frauenquote von 30 % in seiner eigenen Partei, der RCD, nicht durchgesetzt.⁵⁹

Am 23. Oktober 2011 wählte die tunesische Bevölkerung die Mitglieder einer verfassungsgebenden Versammlung, bei der die islamistische Ennahda-Partei, die erst am 1. März 2011 von der Übergangsregierung zugelassen wurde, 41,5 % der abgegebenen Stimmen gewann und 89 von 217 Parlamentssitzen erhielt. Die Hälfte ihrer Abgeordneten ist aufgrund des Paritätsgesetzes weiblich. Die Ennahda bildete eine Koalition mit zwei linksliberalen Parteien, der sozialdemokratischen „Ettakol“ oder auch „Front Démocratique pour le Travail et les Libertés“ (FDTL), die 21 Sitze erwerben konnte, und dem von dem Menschenrechtsaktivisten Moncef Marzouki geführten „Congrès pour la République“ (CPR), der 30 Sitze erhielt. Die demokratische „Parti Démocrate Progressive“ (PDP) schnitt überraschend schwach ab und erhielt nur 17 Sitze bei 8% aller abgegebenen Stimmen. Die Partei Al-Aridha Al-Chaabia (Pétition Populaire) des Medienunternehmers Hechimi Hamidi gewann 19 Sitze und wurde, nach der Ennahda, CPR und Ettakol, die viertstärkste Partei in der Versammlung.⁶⁰ Dass diese Ergebnisse nicht primär darauf hinweisen, dass die Mehrheit der Tunesier eine islamische Regierung befürwortet, sondern darauf, dass die tunesische Gesellschaft tief gespalten ist, gibt der Politikwissenschaftler Maddy-Weitzmann zu bedenken. Die Stärke der Ennahda sei auch eine Folge der Uneinigkeit der Linken, die im Endergebnis zusammengerechnet aber auf eine ähnlich hohe Anzahl an Wählerstimmen komme.⁶¹

Salafismus

Wie überall in den Ländern der „Arabellion“ ermächtigte die Revolution auch in Tunesien radikal-islamistische Kräfte. Im April 2011 trat eine salafistische Gruppe namens Ansar as-Scharia zum ersten Mal in der Öffentlichkeit auf. Sie war zu diesem Zeitpunkt eine der einflussreichsten salafistischen Gruppierungen des Landes und brachte bei einer Straßenrally in Kairouan zwischen 5.000 und 15.000 Menschen auf die Straße.⁶² Ansar as-Scharia positioniert sich als strikte Gegnerin der Demokratie und unterstreicht ihr Ziel einer islamistischen Umgestaltung der Gesellschaft durch spektakuläre Aktionen und radikale Forderungen. So initiierte sie eine Bewegung zur Besetzung liberaler Moscheen, im Rahmen

⁵⁸ Statistik der tunesischen Wahlkommission „Instance Supérieure Indépendante pour les Elections“ (ISIE): http://www.isie.tn/Fr/statistiques-des-listes-candidates_11_142, abgerufen am 16.11.2011

⁵⁹ Vgl. Goulding 2010.

⁶⁰ Zum Ausgang der Wahl vgl. auch Loetzer 2012.

⁶¹ Vgl. Maddy-Weitzmann 2011b.

⁶² Vgl. Merone/Cavatorta 2012.

derer Imame einer zu großen Nähe zum alten Regime angeklagt und verjagt wurden. Weitere Kampagnen betrafen die Forderung nach Geschlechtersegregation im öffentlichen Raum und die Einschränkung von Freiheitsrechten unter dem Vorwand den Islam zu verteidigen. Eine andere Gruppe, die zunehmend an Einfluss gewinnt, ist die unter dem alten Regime verbotene Partei „Hizb at-Tahrir“, deren Mitglieder zurzeit auch in Indonesien und Zentralasien als radikale Einpeitscher und gewaltbereite Glaubenskrieger in Erscheinung treten. Am 10. März 2012 konnte die Organisation eine spektakuläre Veranstaltung in Tunis durchführen, auf der sie ihr Programm einer neuen Geschlechterordnung vorstellte: die erste „Weltfrauenkonferenz“ von „Hizb at-Tahrir“. Unter dem Slogan „Das Kalifat: Ein leuchtendes Beispiel für die Rechte der Frauen und ihre politische Rolle“ prangerten Rednerinnen die vermeintlichen Unzulänglichkeiten der liberalen Demokratie an. Nach der Auffassung von „Hizb at-Tahrir“ sind die Rechte und die Sicherheit von Frauen nur innerhalb eines islamischen Kalifats und der Institution der Scharia gewährleistet.⁶³ Bemerkenswert ist, dass der bereits erwähnte Menschenrechtsminister Samir Dilou an der Konferenz teilnahm und über das Thema Homosexualität referierte, die er als „Perversion“ und Gefahr für tunesische Familien denunzierte. Im Fastenmonat Ramadan im Jahr 2012 wurde „Hizb at-Tahrir“ als tunesische Partei anerkannt. Auch die radikal-islamischen Gruppierungen „Errahma“ (auch: Ar-Rahma“) und „El Eslah Jabhet (auch: „Jabhat al Islah“) erhielten in dieser Zeit den offiziellen Parteienstatus.

Die solchermaßen gestärkten Salafisten nutzen ihre Position seitdem, um Druck auf die Ennahda auszuüben und den Kurs der Partei stärker in eine islamistische Richtung zu bewegen. Außerdem positionieren sie sich als „Kraft der Straße“, greifen Personen an, die sich ihrer Meinung nach unislamisch verhalten, attackieren missliebige Institutionen und versuchen, islamische Normen und Werte auch an säkularen Einrichtungen durchzusetzen. Ein spektakuläres Beispiel für den Machtkampf zwischen ihnen und tunesischen Liberalen, der unmittelbar nach dem Sturz Ben Alis begann, ist die Auseinandersetzung an der geisteswissenschaftlichen Fakultät der Universität von Manouba. Sie ist mit 26.000 Studierenden, davon 60% Frauen, eine der größten des Landes, und das, was sich dort ereignete, hatte Signalwirkungen für ganz Tunesien. Im Frühling 2012 hatten islamistische Studentinnen einen massiven Vorstoß zur Islamisierung der Hochschulen gestartet. Sie forderten Geschlechtertrennung in den Hörsälen und verlangten, ihre Prüfungen mit Gesichtsschleier (*niqab*) ablegen zu dürfen. Nach geltendem Recht ist dies nicht erlaubt. Der Präsident der Universität verweigerte sich den Forderungen der Islamistinnen, bot aber an, das

⁶³ Vgl. Ajmi 2012.

Tragen des *niqab* außerhalb der Unterrichtsräume zu gestatten. Daraufhin begannen männliche Salafisten mit einer Belagerung des Campus. Vor dem Büro des Dekans Habib Kazadgli wurde eine Barrikade errichtet, später wurde es sogar verwüstet, und der Lehrbetrieb musste eingestellt werden. Am 12. März hissten Salafisten die schwarze Fahne von Al-Qaida auf dem Universitätsgelände. Die Regierung weigerte sich, dem Ersuchen des Präsidenten nachzukommen und der salafistischen Blockade durch den Einsatz von Sicherheitskräften ein Ende zu machen. Stattdessen gingen Polizisten im Verlauf der sich zuspitzenden Situation mehrfach gewaltsam gegen Professoren, Pressesprecher der Universität und anti-salafistische Studierende vor.

Von Bedeutung für die Dynamiken in Tunesien sind jedoch nicht nur die Aktivitäten der Salafisten, sondern insbesondere auch die Reaktion der Ennahda und der tunesischen Gesellschaft. Während die geisteswissenschaftlichen Dekane mehrerer Universitäten (Sousse, Manouba, Sfax, Tunis und Kairoan) Habib Kazdagli unterstützten, sich einstimmig für ein Verbot des *niqab* an Universitäten aussprachen und sich besorgt über das ungehinderte Gewähren-lassen der Salafisten äußerten, waren Vertreter der Ennahda sehr unterschiedlicher Ansicht. Sonia Zayed hatte Gelegenheit, im Oktober 2011 mit Vertreterinnen der Ennahda in La Manouba zu sprechen und traf auf nahezu einhelliges Einverständnis mit den Forderungen der Salafisten. Zustimmung gab es auch in der Politik. So kritisierte Moncef Ben Salem, der Minister für Höhere Bildung, den Rektor von La Manouba und bescheinigte ihm Unfähigkeit den Konflikt zu lösen. Es gäbe auch an anderen Universitäten Tunesiens *niqab*-Trägerinnen, und niemand habe bislang ein Problem darin gesehen, argumentierte er. Außerdem unterrichteten viele tunesische Lehrer in den Golfstaaten, wo die Studentinnen ausnahmslos verschleiert seien. Die aktuelle Frauenministerin Siham Badi dagegen kritisierte die *niqab*-Trägerinnen, die den Lehrbetrieb mit ihren Forderungen behinderten, und der Innenminister Ali Laarayedh trat gar mit der Drohung an die Öffentlichkeit, keine Toleranz gegenüber jedem zu zeigen, der „Personen am Betreten von Verwaltungsgebäuden oder ähnlichen Einrichtungen hindert“ (Loetzer 2012: 19). Erst drei Wochen nach dieser markigen Bekundung, kam es, so Klaus Loetzer, Leiter des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Tunis, zu einer Entscheidung. Am 30. Januar 2012 positionierte sich Ali Laarayedh mit folgendem Statement im tunesischen Fernsehsender Hannibal TV: „Den *niqab* gibt es nicht im Islam und er hat keine Grundlage in unserer Religion. Es handelt sich lediglich um eine Auslegung und eine persönliche Wahl.“ *Niqab*-Trägerinnen seien daher verpflichtet, sich an die Geschäftsordnung der Fakultäten halten müssen. Den Kampf zwischen dem liberalen Innenminister und dem frommen Minister für Höhere Bildung

gewann jedoch der Letztgenannte. Am 7. September 2012 verkündete er, dass die Studentinnen künftig das verbriefte Recht hätten, im *niqab* an den Veranstaltungen teilzunehmen und geprüft zu werden. Der Dekan wurde mittlerweile angeklagt, mit Gewalt gegen eine Studentin vorgegangen zu sein und muss sich vor Gericht verantworten. Ihm droht eine Haftstrafe.

Ein zweites Schlachtfeld der tunesischen Salafisten sind kulturelle Ereignisse, die ihnen als „gottlos“ oder „unislamisch“ erscheinen. Erste Anzeichen für den neuen Zeitgeist konnte man bereits im Herbst 2011 anlässlich der Ausstrahlung des französisch-iranischen Zeichentrickfilms „Persepolis“ durch den TV-Sender Nessma TV beobachten. Im Film wird Gott als bärtiger alter Mann gezeigt, und das gilt den Hardlinern als Blasphemie. Sie mobilisierten Hunderte ihrer Anhänger, griffen den Fernsehsender an und steckten das Haus des Nessma-Besitzers Nabil Karoui in Brand. Zu einem ähnlichen Eklat führte die 10. „Printemps des Arts Plastiques de Tunis“, die vom 2. bis zum 10. Juni 2012 nördlich von Tunis im Vorort La Marsa veranstaltet wurde – unter der Schirmherrschaft des Kulturministeriums. Stein des Anstoßes waren Objekte, die unbekleidete weibliche Körper zeigten oder den neuen islamistischen Kurs kritisch kommentierten. Salafistische Aktivisten mobilisierten in diesem Fall erneut gewaltbereite Eiferer, und obwohl auch die Künstler/innen ihre Freunde zusammenriefen, konnte eine Zerstörung der Werke nicht verhindert werden. Nach dieser Attacke lieferten sich salafistische Demonstranten tagelange Straßenschlachten mit der Polizei, in deren Verlauf eine Person erschossen wurde. An der Ausstellung beteiligte Künstler/innen erhielten Morddrohungen.

Diese Vorkommnisse haben in der nationalen und internationalen Presse Schlagzeilen gemacht, doch es gibt eine Fülle kleiner Übergriffe, deren Tendenz nicht weniger beunruhigend ist. So wurden im Sommer 2012 mehrere kulturelle Festivals im Nordwesten Tunesiens abgesagt, weil die Organisatoren bedroht wurden. Im August des gleichen Jahres wurde ein sufistisches Fest in Kairouan auf dem der bekannte tunesische Musiker Lotfi Bouchnak auftreten sollte, von den Radikalen verhindert.

Salafisten machen nicht nur gegen Institutionen mobil, sondern bedrohen auch Einzelpersonen. Eine von ihnen ist Internetaktivistin Lina Ben Mhenni, die während der Revolution eine Schlüsselfigur war⁶⁴ und für den Friedensnobelpreis nominiert wurde. Sie hatte die Korruption und Gewalt des Regimes Ben Ali öffentlich verurteilt, die Staatsgewalt an den Pranger gestellt und Demonstrationen organisiert. Jetzt schreibt sie gegen die

⁶⁴ Vgl. Ben Mhenni 2011.

zunehmende Islamisierung des Landes und gegen Vorschläge zur Wiedereinführung der Polygynie an. Diese Aktivitäten sind nicht weniger gefährlich als ihr Kampf gegen das alte Regime. Jüngst tauchte ihr Name gar auf einer salafistischen Todesliste auf. Der Komödiant Lotfi Abdelli musste seine Comedy-Show „Made in Tunisia, 100 % halal“ abbrechen, nachdem bärtige Männer in der Sendung erschienen und ihn bedrohten. Selbst unpolitische Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens werden von den Salafisten attackiert, wenn sie deren Vorstellungen einer islamischen Lebensweise nicht entsprechen – so z.B. die Langstreckenläuferin Habiba Ghribi, die während der Sommerolympiade 2012 in London eine Silbermedaille im 3000 Meter-Lauf gewann. Salafisten denunzierten ihre vermeintliche „Nacktheit“, d.h. das Tragen von Sportbekleidung während des Laufes, als Beleidigung des Islams und verlangten die Aberkennung ihrer Staatsbürgerschaft. Ein zweiter tunesischer Olympiasieger, Oussama Mellouli, wurde ebenfalls ein Opfer salafistischer Bedrohungen. Der Gewinner der Goldmedaille im 10-Kilometer-Schwimm-Marathon hatte vor dem Wettkampf Wasser getrunken, was ihm als gotteslästerlich angekreidet wurde, da die Veranstaltung während des islamischen Fastenmonats (Ramadan) war.

Die Liste ließe sich beliebig fortsetzen, und es ist unwahrscheinlich, dass die Vorfälle in naher Zukunft abreißen werden. Salafisten sind in Tunesien relevante politische Akteure, und jede Art der Verharmlosung durch Verweise auf ihre numerische Schwäche ist unangebracht. Staatliche Sicherheitskräfte gehen nicht entschieden genug gegen islamistische Gewalttäter vor, und diejenigen, die bedroht und eingeschüchert werden, finden keine signifikante Unterstützung. Dadurch werden Fakten geschaffen. Wenn der Preis für freie Meinungsäußerungen und künstlerischen Ausdruck Gewalt bis hin zu Morddrohungen ist, überlegt sich manch eine(r), lieber zu schweigen. Das Gleiche gilt für einen persönlichen Lebensstil, der nicht den Normen der Salafisten entspricht. Trinken während der Fastenzeit oder das Tragen von Sportkleidung wird bereits zur Mutprobe. Immer wieder kommt es außerdem zu Übergriffen auf Frauen, die Kopf und Körper nicht züchtig genug verhüllen.

Die Salafisten erscheinen auf der Straße, bei ihren Aktivitäten gegen vermeintlich unislamische Gegner und auch im Kampf gegen die Staatsgewalt vornehmlich als randalierende Masse. Der Eindruck eines unorganisierten Mobs täuscht jedoch. Sie sind gut organisiert und formieren sich unter der neuen Regierung zunehmend, auch als politische Parteien. Dadurch stehen ihnen vielfältige Handlungsfelder offen. Schon jetzt können sie sich auf die Fahnen schreiben, maßgeblich am Re-Islamisierungsprozess Tunesiens beteiligt zu sein.

Bedenklich sind die Verflechtungen zwischen salafistischen Organisationen und der Ennahda, bzw. die guten Beziehungen von Ennahda-Mitgliedern wie dem Gründungsmitglied Sadok Chourou zu diversen radikal-islamistischen Organisationen. Die Vernetzungen zwischen vermeintlich gemäßigten und radikalen Islamisten beschränkten sich allerdings nicht nur die Führungselite. Auch die Parteibasis ist stark fragmentiert, und die Grenzen zum Extremismus verschwimmen. „In many ways Ennahda tends to see the Salafists as potential traveling companions who need to be re-educated and reintegrated into political institutions“, argwöhnen Fabio Merone und Francesco Cavatorta in der Zeitschrift Jadaliyya, und dies trifft insbesondere für Vorstellungen einer islam-kompatiblen Geschlechterordnung zu.⁶⁵

Gleichheit oder Komplementarität der Geschlechter?

Die Widersprüche zwischen einem freiheitlich-emanzipativen und einem religiös-reaktionären Tunesien wurden z.B. an den Debatten zur Erarbeitung einer neuen Verfassung deutlich. In einem neuen Artikel 27, den eine Kommission unter Mitwirkung weiblicher Ennahda-Abgeordneter erarbeitet hatte, heißt es: „Der Staat gewährleistet den Schutz der Rechte der Frau und ihrer Errungenschaften unter der Achtung des Prinzips, dass die Frau den Mann innerhalb der Familie ergänzt und ihm bei der Entwicklung des Landes zur Seite steht.“⁶⁶ Von grundsätzlicher Gleichheit oder Gleichberechtigung ist keine Rede mehr. Frauen kommen als eigenständige Personen, zum Beispiel als Ledige, Geschiedene oder alleinerziehende Mütter, nicht mehr vor, und sie sollen dem Mann in der Ehe nicht mehr gleichgestellt sein. Gegen diese Neu-Orientierung gab es erwartungsgemäß Proteste und Einsprüche auf unterschiedlichen Ebenen. Auf parlamentarischer Ebene reagierten Linke und Feministinnen und legten einen Gegenentwurf vor, der die Bewahrung der Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen betont. In der Öffentlichkeit zeigten Demonstrationen, dass der neue Kurs nicht die Zustimmung aller Tunesier und Tunesierinnen erhält. Spektakulär war vor allem die Mobilisierung von etwa 7.000 Frauen und auch einigen unterstützenden Männern, die am 13. August 2012, dem 56. Jahrestag der Einführung des zivilen Personenstandsrechts, durch die Innenstadt von Tunis zogen.⁶⁷ Sie verlangen die Beibehaltung der alten Verfassung.

⁶⁵ Vgl. Tajine 2011.

⁶⁶ Zitiert nach Braune 2012.

⁶⁷ Vgl. The Middle East Channel vom 20.8.2012,

http://mideast.foreignpolicy.com/posts/2012/08/20/complementary_status_for_tunisian_women, abgerufen am 24.8.2012

Was sich in der postrevolutionären Phase beobachten lässt, ist auch ein Kampf unterschiedlicher sozialer Schichten und ihrer verschiedenen Weltanschauungen. Die urbane Mittel- und Oberschicht war in der Vergangenheit säkular orientiert und profitierte von der „westlichen“ Öffnung und dem Modernisierungskurs unter Bourguiba und Ben Ali. Frauen eigneten sich Bildung an, machten Karriere und konnten ihre Handlungsspielräume signifikant ausdehnen. Der Widerstand gegen das alte Regime, an dem die gebildete urbane Jugend entscheidenden Anteil hatte, war politisch motiviert, nicht religiös. Diejenigen, die die Geschicke Tunesiens heute so maßgeblich bestimmen, waren nicht an der Revolution beteiligt. Aus diesem Umstand resultiert die massive Enttäuschung der jungen Revolutionäre. Sie hatten ein Mehr an Freiheit erreichen wollen, keine neuen autoritären Fesseln.

Das Ergebnis der demokratischen Wahl zeigt allerdings, dass diese Schichten nur einen Teil der Bevölkerung ausmachen, und dass ein anderer, numerisch nicht übersehbarer Teil ganz anderen Idealen verhaftet ist. Die städtischen Armen und die Landbevölkerung sind nach wie vor ihrer Tradition und einem extrem konservativen Islam verpflichtet und halten die Emanzipation der Frauen für eine dekadente westliche Erfindung. Erschwerend kommt hinzu, dass auch unter jüngeren gebildeten Tunesierinnen die Akzeptanz religiöser Lebensmodelle zunimmt.⁶⁸ Das zeigt eine empirische Studie, die zwischen 2007 und 2011 von Jane Tchaicha und Khedija Arfaoui durchgeführt wurde und auf qualitativen Interviews mit 33 Personen unterschiedlichen Alters basiert, die alle der oberen Mittelschicht angehören. Auffällig ist ein signifikanter Unterschied zwischen den Auffassungen der älteren Generation, den „feministischen Pionierinnen“ und den jungen Frauen, die sich von den Versprechungen der Emanzipationspolitik enttäuscht sehen. Einige dieser jungen Frauen wenden sich jetzt aus freien Stücken einem nicht-egalitären Gendermodell zu. Sie assoziieren Feminismus mit westlichem Denken und lehnen ihn schon aus diesem Grund ab.⁶⁹ Nicht zu vernachlässigen sind aber auch die Diskrepanzen zwischen dem staatlichen Emanzipationsideal und dem patriarchalischen Alltag. Viele der Befragten gaben an, dass sich aufgrund des emanzipativen Personenstandsrechts zwar einiges zum Positiven gewendet habe, insbesondere der Zugang von Frauen zu Bildungseinrichtungen, dass die Gesellschaft den hehren Gleichheitspostulaten jedoch weit hinterherhinke. Frauen müssten doppelt so hart arbeiten, um die berufliche Anerkennung zu erhalten, die Männern zuteilwerde, und auch in den Familien würden sie in jeder Hinsicht benachteiligt. Noch immer, so scheint es, wirkt der „patriarchale Gendervertrag“, den Valentine Moghadam in der gesamten Region für die Persistenz

⁶⁸ Vgl. Baffoun 1994.

⁶⁹ Vgl. Tchaicha/Arfaoui 2012: 224.

konservativer Geschlechternormen verantwortlich macht.⁷⁰ Der neue Trend, sich in der Öffentlichkeit zu verschleiern, wurde von den Interviewten sehr unterschiedlich gesehen. Während einige der Jüngeren dies als religiöse Pflicht definierten, kritisierten andere die dahinter stehende Doppelmoral, das Vortäuschen moralischer Reinheit, die gar nicht vorhanden sei. Das abschließende Bild, das sich aus der Auswertung der Gespräche ergab, zeigte keinen einheitlichen Trend, sondern eine große Variabilität von Einstellungen und Praxen. In einem freien Prozess von Auseinandersetzungen und Diskussionen würde dies die Chance bieten, eine wahrhaft pluralistische Gesellschaft zu etablieren, in der Frauen sich sowohl für einen säkularen als auch einen religiösen Lebensentwurf entscheiden und diese Wahl auch jederzeit wieder revidieren könnten. Die Drohkulisse der Salafisten verhindert eine freie Debatte allerdings, und die Ennahda schlingert zwischen den Forderungen der säkularen Tunesier und Tunesierinnen, die die Fortschreibung der liberalen Geschlechterordnung im Recht gewährleisten wissen wollen, und den religiösen Eiferern in und außerhalb der Partei. Wenn es den Hardlinern gelingen sollte, ihre Ideen in der neuen Verfassung festzulegen, dürfte dies für eine lange Zeit das Ende jeder deliberativen Kommunikation sein und sich das Rad der Geschichte für die Frauen um Jahrzehnte zurückdrehen.

Literaturverzeichnis

Ajmi, Sana (2012): Female Members of Hizb Ettahrir Meet in Tunisia Calling for an Islamic Caliphate. <http://www.tunisia-live.net/2012/03/10/female-members-of-hizb-ettahrir-meet-in-tunisia-calling-for-an-islamic-caliphate/>, abgerufen am 10.03.2012

Allman, James (1979): Social mobility, education, and development. Leiden: Brill.

Al-Yafai, Faisal (2011): Arab Spring risks turning into Islamist summer. www.thenational.ae/news/world/middle-east/arab-spring-risks-turning-into-islamist-summer?pageCount=0, abgerufen am 05.12.2011

Baffoun, Alya (1994): Feminism and Muslim Fundamentalism: The Tunisian and Algerian cases. In: Moghadam, Valentine M., Hg.: Identity politics and women. Cultural reassertions and feminisms in international perspective, New York: Westview Press, S. 167-183.

Beau, Nicolas und Catherine Graciet (2009): La ré-gente de carthage: Main basse sur la Tunisie, Paris: La Découverte.

Ben Gamra, Mona (2011): Rachid Ghannouchi, chef du „Movement de Ennahdha. <http://www.letemps.com.tn/article-52739-06022011.html>, abgerufen am 15.11.2011

⁷⁰ Vgl. Moghadam: 2002: 242.

- Ben Mhenni, Lina (2011): Vernetzt euch! Streitschrift. Berlin: Ullstein Verlag.
- Ben Salem, Lilia (2010): Tunisia. In: Kelly, Sanja/ Julia Breslin, Hg.: Women's rights in the Middle East and North Africa. Progress amid resistance, New York: Rowan and Littlefield Publishers, S. 487- 515.
- Beau, Nicolas/Catherine Graciet, Hg. (2009): La régente de Carthage. Ma basse sur la Tunisie. Paris: La Découverts.
- Braune, Elisabeth (2012): Wie Tunesiens Islamisten die Frauenrechte beschneiden wollen. Interview in Deutschlandradio Kultur vom 10.8.2012, www.dradio.de/dkultur/sendungen/thema/1835843/, abgerufen am 26.9.2012
- Byrne, Eileen (2011): Tunisia's Islamist party unveils manifesto. www.ft.com/intl/cms/s/582db2a2-def0-11e0-9af3-00144feabdc0,Authorised=false.html?_i_location=http%3A%2F%2Fwww.ft.com%2Fcms%2F%2F0%2F582db2a2-def0-11e0-9af3-00144feabdc0.html&_i_referer=#axzz1Z9vWpcQV, abgerufen am 17.08.2011
- Chamari, Alya Chérif (1991): La femme et la loi en Tunisie. Alger: Bouchène.
- Charrad, Mounira M. (1994): Repudiation versus divorce. Responses to state policy in Tunisia. In: Chnow, E. N./Berheide, C. W., Hg.: Women, the family and policy. A global perspective. Abany: State University of New York Press, S. 51- 69.
- Charrad, Mounira M. (1998): Culteral diversity within Islam. Veils and laws in Tunisa. In: Bodman, H. L./Tohidi, N., Hg.: Women in Muslim societies: Diversity within unity. Boulder: Lynne Rienner, S. 63- 79.
- Charrad, Mounira M. (2000): Becoming a citizen. Lineage versus individual in Marocco and Tunisia. In: Joseph, Suad, Hg.: Gender and citizenship in the Middle East. New York: Syracuse University Press, S. 70- 87.
- Charrad, Mounira M. (2001): States and women's rights. The making of postcolonial Tunisia, Algeria and Marocco. Berkeley: University of California Press.
- Charrad, Mounira M. (2007): Context, concepts, and contention. Gender legislation in the Middle East. In: Hawwa: Journal of Women in the Middle East and the Islamic World 5 (1): 55- 72.
- Deutsches Orient-Institut (2011): Der arabische Frühling. Auslöser, Verlauf, Ausblicke. Berlin: Deutsches Orient-Institut/Deutsche Orient-Stiftung.
- Dwyer, Kevin (1991): Arab voices. A human rights debate in the Middle East. Berkeley: University of California Press.
- Esposito, John L. and Voll, John O. (2001): Makers of contemporary Islam., Oxford, Oxford University Press

- Faath, Sigrid (2007): Die Religionspolitik der Republik Tunesien. Kontinuität von Modernisierungsprozessen und religiösen Reformen. In: Faath, Sigrid, Hg.: Staatliche Religionspolitik in Nordafrika/Nahost. Ein Instrument für modernisierende Reformen? Hamburg: GIGA, Institut für Nahost-Studien, S. 215-248.
- Goulding, Kristine (2011a): Fear the Islamist, and the secularist too? Tunisian women in post-Arab spring electoral politics. Genf: United Nations Research Institute for Social Development.
- Goulding, Kristine (2011b): Tunisia. Arab spring, Islamist summer. In: Open Democracy, <http://www.opendemocracy.net/5050/kristine-goulding/tunisia-arab-spring-islamist-summer>, abgerufen 25.10.2011.
- Goulding, Kristine (2010): A quandary of gender quotas in Tunisia. Representation and perceptions on the local level, http://www.womenpoliticalparticipation.org/upload/file/the%20Quandary%20of%20Gender%20Quotas%20in%20Tunisia_web%20site.pdf, abgerufen am 12.12.2011
- Haddad, Yvonne Y./John L. Esposito (1998): Islam and gender. Dilemmas in the changing Arab world. In: Haddad/Esposito, Hg.: Islam, gender, and social change. New York: Oxford University Press, S. 1-28.
- Hajji, Iman (2009): Ein Mann spricht für die Frauen. At- Tahir al- Haddad und seine Schrift "Die tunesische Frau in Gesetz und Gesellschaft". Berlin: Schwarz.
- Hamdi, Mohamed Elhachmi (1998): The politicization of Islam. A case study of Tunisia. Boulder: Westview Press.
- Ismail, Salwa (2003): Rethinking Islamist politics. Culture, the state and Islamism. London: Tauris.
- Loetzer, Klaus (2012): Tunesien und die erste islamistisch geführte Regierung in Nordafrika. In: Konrad Adenauer Stiftung; Auslandsinformationen 3/2012. www.kas.de/wf/doc/kas_30490-1522-1-30.pdf?120315182829
- Maddy-Weitzmann, Bruce (2011a): Tunisia, Example or exception? In: Foreign Policy Research Institute E-Notes 1/2011; <http://www.fpri.org/enotes/201101.maddy-weitzman.tunisia.pdf>
- Maddy-Weitzmann, Bruce (2011b): North Africa's democratic prospects. In: Foreign Policy Research Institute E-Notes 12/2011; <http://www.fpri.org/enotes/2011/201112.maddy-weitzman.northafrica.pdf>
- Marzouki, Ilhem (1993): Le mouvement des femmes en Tunisie. Paris: Maisonneuve et Larose.
- Mernissi, Fatima (1989): Geschlecht, Ideologie, Islam. München: Frauenbuchverlag.
- Merone, Fabio/Francesco Cavatorta (2012): The emergence of salafism in Tunisia.

<http://www.jadaliyya.com/pages/index/6934/the-emergence-of-salafism-in-tunisia>, abgerufen am 23.8.2012

Möller, Leena/ Jannik Veenhuis (2012): Die Revolution frisst ihre Töchter. www.zenithonline.de/deutsch/politik//artikel/die-revolution-frisst-ihre-toechter-003253/, abgerufen am 26.8.2012

Moghadam, Valentine M. (2003): *Modernizing women. Gender and social change in the Middle East*. Boulder, Col.: Lynne Rienner.

Moghadam, Valentine (2002): Enhancing women's economic participation in the MENA region. In: Handoussa, Heba/Zafiriz Tzannatos, Hg.: *Employment creation and social protection in the Middle East and North Africa*. Kairo: The American University in Cairo Press, S. 237-252.

Moghadam, Valentine (1998): *Women, work, and economic reform in the Middle East and North Africa*. Boulder, Col.: Lynne Rienner.

Murphy, Emma C. (1999): *Economic and political change in Tunisia. From Bourgiba to Ben Ali* Macmillan, New York

Nadiya, J. (2011): Souad Abderrahim: les mères célibataires sont une infamie pour la société tunisienne. www.tuniscopie.com/index.php/article/10155/actualites/tunisie/souad-184612, abgerufen 09.11.2011

Nadiya, J. (2012): Association Centriste de Sensibilisation et de Réforme: Une brigade des mœurs?, <http://www.tuniscopie.com/index.php/article/11794/ma-vie/associations/aassociation-591817#.UFolkrLN8zo>, abgerufen am 22.02.2012

Poser-Ben Khala, Claudia (2008): Die tunesische Verfassung in deutscher Sprache, http://www.gotunesien.com/index2.php?option=com_content&do_pdf=1&id=15, abgerufen am 15.03.2012

Pritsch, Erich (1958): Das Tunesische Personenstandsrecht. In: *Die Welt des Islams* 5 (3/4): 188-205.

Richter-Dridi, Irmhild (1981): *Frauenbefreiung in einem islamischen Land - ein Widerspruch?* Frankfurt am Main: Fischer.

Ryan, Yasmine (2011a): How Tunisia's revolution began. www.aljazeera.com/indepth/features/2011/01/2011126121815985483.html, abgerufen am 01.08.2011

Ryan, Yasmine (2011b): Tunisia: Women's right hang on the balance. <http://www.aljazeera.com/indepth/features/2011/08/2011181617052432756.html>, abgerufen am 20.08.2011;

Salem, Norma (1984): *Habib Bourgiba, Islam and the creation of Tunisia*. Kent: Biddles Ltd, Guildford and King's Lynn.

Schmidt, Friedrich (2011): Jeder soll selbst entscheiden, was er trägt. <http://www.faz.net/aktuell/politik/arabische-welt/im-gespraech-raschid-ghannouchi-jeder-soll-selbst-entscheiden-was-er-traegt-1589826.html> , abgerufen am 05.08.2011

Schröter, Susanne (2011): Demonstrationen, Revolten und neue Medien. In: Ausstellungskatalog "Demonstrationen. Vom Werden normativer Ordnungen". Frankfurt: Frankfurter Kunstverein, S. 114-126.

Shahin, Emad Eldin (1997): Political Ascent. Contemporary Islamic movements in North Africa. Boulder: Westview Press.

Tajine, Synda (2011): Le salafisme poursuite sa ‚mission divine‘ dans l’ ombre d’Ennahdha. <http://www.businessnews.com.tn/Le-salafisme-poursuit-sa-%C2%ABmission-divine%C2%BB-dans-l%E2%80%99ombre-d%E2%80%99Ennahdha,519,28559,1> , abgerufen am 05.01.2011.

Tamimi, Azzam (2001): Rachid Ghannouchi: A Democrat within Islamism. New York: Oxford University Press.

Tchaicha, Jane D./ Khedija Arfaoui (2012): Tunisian women in the twenty-first century. Past achievements and present uncertainties in the wake of the Jasmine revolution. In: The Journal of North African Studies 17 (2): 215-238.

Wandler, Reiner (2012a): Jetzt fällt die Maske“, <http://www.taz.de/Neue-Verfassung-in-Tunesien/!89198/> abgerufen am 08.03.2012

Wandler, Reiner (2012b): Islamisten lenken ein: Scharia bleibt draußen, <http://derstandard.at/1332323941302/Tunesische-Verfassung-Islamisten-lenken-ein-Scharia-bleibt-draussen>, 27.03.2012, abgerufen am 20.09.2012

Weber, Anne Françoise (2001): Staatsfeminismus und autonome Frauenbewegungen in Tunesien. Hamburg: Deutsches Orient-Institut.

Wöhler-Khalfallah, Khadija Katja (2004): Der islamische Fundamentalismus, der Islam und Demokratie- Algerien und Tunesien: Das Scheitern postkolonialer „Entwicklungsmodelle“ und sein Streben nach einem ethischen Leitfadens für Politik und Gesellschaft. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.